Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 45. **Freitag** den 25. Januar 1895. 89. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Vorbehältlich der Genehmigung des evangelisch-lutherischen Landesconsistoriums hat der Kirchenvorstand zu Leipzig-Gohlis beschlossen, den an der Breitenfelder Straße in **Leipzig-Gohlis** gelegenen sog. **„Alten Friedhof“**, auf welchem im Jahre 1882 die letzte Beerdigung stattgefunden hat und der seit 1890 für weitere Benutzung gänzlich geschlossen worden ist, zwecks Errichtung einer **öffentlichen Parkanlage bis** zum Ablauf des Jahres 1900, mit welchem Zeitpuncte das Areal mit Allem, was darauf steht, entschädigungslos an die Kirche zurückfallen soll, der Stadtgemeinde Leipzig zur Verfügung zu stellen, falls die städtischen Collegien zur Uebernahme bereit sind.

Erhaltener Anweisung zu Folge wird dieses Vorhaben hierdurch zur Kenntniß der Kirchgemeinde Leipzig-Gohlis mit dem Bemerken gebracht, daß etwaige Wünsche wegen Erhaltung des Gottesackers oder einiger Grabstellen bis zum Ablauf von 4 Wochen und längstens bis zum

1. März 1895

der unterzeichneten Behörde schriftlich vorzutragen sind.

Leipzig, den 18. Januar 1895.

Ia. 5369. **Die Kircheninspection für Leipzig.**
Der Superintendent. Der Rath der Stadt Leipzig.
D. Bank. Dr. Georgi. Rss. Wirthgen.

Gesucht

wird der am 14. Februar 1866 in Leipzig geborene Handarbeiter **Johann Karl Helmert**, welcher zur Fürsorge für seine Familie anzuhalten ist.

Leipzig, am 18. Januar 1895.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Armen-Amt, Abth. II.
A. R. IV./Abth. II. 64 b. Hentschel. Tchm.

Nutzholzauction.

Donnerstag, den 31. Januar d. J. sollen von **Vormittags 9 Uhr** an im **Connewitzer Forstreviere** auf dem **Mittelwaldschlage** im **Nonnenholze** (in Abtheilung 40)

59	**Eichen-Nutzklötze**	von 18—106 cm Mittenst.	u.	2—8 m	Länge
54	**Weißbuchen-** „	„ 25— 40 „	„	„ 3—5	„ „
31	**Rüstern-** „	„ 18— 39 „	„	„ 3—9	„ „
107	**Eichen-** „	„ 16— 38 „	„	„ 3—8	„ „
2	**Ahorn-** „	„ 18— 35 „	„	„ 5—5	„ „
76	**Erlen-** „	„ [illegible] 35 „	„	„ 4—8	„ „
7	**Linden-** „	„ 24— 34 „	„	„ 2—6	„ „
10	**Maßholder-** „	„ 28— 43 „	„	„ 3—4	„ und
3	**Apfelbaum-** „	„ 20— 31 „	„	„ 2—3	„ sowie

180 **Eichen- und Rüstern-Schirrholzer**

unter den im Termine aushängenden Bedingungen und der sofortigen Anzahlung an den Meistbietenden an Ort und Stelle verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem **Mittelwaldschlage** in der **Nonne**, ohnweit der **„Rossen Wiese“**.

Leipzig, am 18. Januar 1895.

Des Raths Forstdeputation.

Die städtische Sparcasse

beleiht Wertthpapiere unter günstigen Bedingungen.

Leipzig, den 10. Januar 1894.

Die Sparcassen-Deputation.

Städtische Volksschulen.

Der **Festactus** zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Deutschen Kaisers findet in den hiesigen Volksschulen

Montag, den 28. Januar,

zu den bekannt gegebenen Stunden statt.

Leipzig, den 25. Januar 1895.

Die Directoren der Volksschulen.

Oeffentliche Handelslehranstalt.

Zu der am Sonnabend, den 26. Januar, Vormittags 10 Uhr im Saale der Anstalt stattfindenden **Feier des Geburtstages Sr. Majestät des deutschen Kaisers** beehrt sich im Namen des Lehrer-Collegiums ergebenst einzuladen

Carl Wolfrum, Director.

Die Krisis in Griechenland.

—r. Bekanntlich hat das Ministerium Trikupis am Dienstag seine Entlassung eingereicht und dieselbe auch erhalten. Wie von ministerieller Seite verbreitet wurde, hätten die Minister dem König ihre Portefeuilles deswegen zur Verfügung gestellt, weil der Kronprinz am letzten Sonntag mit Genehmigung seines Vaters als Befehlshaber der Garnison auf dem Marsfeld, wo gleichzeitig Versammlungen der Ministeriellen und der Opposition anläßlich der verzweifelten Finanzlage des Landes stattfanden, plötzlich mit seinem Stab erschien, der von Trikupis mobil gemachten Garnison und Polizei jedes gewaltsame Eingreifen und jede Unterbrechung der Reden untersagte, die Bevölkerung zur Ruhe vermahnte und aufforderte, sich mit ihren Beschwerden direct an den König zu wenden, ein Auftreten, das von der Bevölkerung mit Jubel begrüßt wurde. So konnte Trikupis sich als Wahrer verfassungsmäßiger Rechte aufspielen, um gegen eine Einmischung der Krone in die politischen Geschäfte Einspruch zu erheben. Das ist aber eitel Spiegelfechterei, und der wahre Grund für den Rücktritt liegt darin, daß dem jetzigen Ministerium die Schwierigkeiten der innern und äußern Lage unüberwindlich erschienen und es deshalb den Augenblick benutzte, wo sich ein schöner Abgang von der politischen Bühne bot. Ja, nach einer offenbar von höchster Stelle veranlaßten Meldung wäre binnen Kurzem die Entlassung des Ministeriums erfolgt, der Trikupis durch die Demission zuvorkommen wollte.

Dem mag nun sein, wie ihm wolle, jedenfalls war der vielgewandte, schlaue, skrupellose Trikupis nicht mehr Herr der Lage, er vermochte die schweren, unheildrohenden Gewitterwolken, die sich über Griechenland zusammengezogen haben, nicht mehr zu bannen. Und zugestehen muß man, daß Griechenland nach allen Seiten in eine derartige Bedrängniß gerathen ist, daß auch ein Größerer als Trikupis an der Rettung verzweifeln dürfte. Er hat die Finanznoth Griechenlands manchmal aus naheliegenden Gründen größer hingestellt als sie war, heute ist sie thatsächlich in dem Stadium des Staatsbankerottes angelangt. Den Grund hierzu hat das Cabinet Delijannis gelegt, welches in den Jahren 1885 und 1886 ganz Europa in Unruhe versetzte, weil es, im Hinblick auf die Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien, von der Türkei als „Entschädigung“ und um das Gleichgewicht auf der Balkanhalbinsel wiederherzustellen, die Abtretung von Epirus und Thessalien verlangte und, als die Türkei davon nichts wissen wollte, die griechische Armee mobilisirte und Jahr und Tag unter Waffen stehen ließ. Damals wurde Griechenland durch die „europäische Flottendemonstration“ endlich zur Ruhe gebracht. Das Dauernde aber war die bedenkliche Vergrößerung der griechischen Staatsschuld.

Dazu kam noch außer der vielfachen Unterschlagung staatlicher Gelder, worauf wir letzter Tage schon hinwiesen, der verhängnißvolle Rückgang der Korinthenernte, welcher die ländliche Bevölkerung an den Bettelstab zu bringen droht. Griechenland verkaufte bisher an Europa alljährlich für 40 bis 50 Millionen Francs Korinthen und glaubte um so sicherer auf diese Einnahme rechnen zu dürfen, als eben nur Griechenland allein Korinthen erzeugt. Dieser Artikel wird von allen Culturvölkern der Erde verlangt und gebraucht. Dazu verwandte Frankreich infolge der durch die Reblaus verursachten Verwüstungen immer größere Massen von Korinthen zur Herstellung von Kunstwein. Die französische Gesetzgebung setzte diesem Fabrikationszweige jedoch, namentlich nach Ueberwindung der Phylopera-Calamität, immer engere Schranken. Die Nachfrage nach Korinthen aus Frankreich blieb mehr und mehr aus. Und so haben jetzt die Griechen so viel Korinthen, daß sie nicht wissen, was sie damit anfangen sollen. Die Preise sind so gedrückt, daß sie die Erzeugungskosten nicht mehr decken, und dabei ist die Korinthe kein solcher Luxusartikel, daß sie selbst bei gedrückten Preisen zu größerem Consum verlocken könnte. Somit ist die Haupteinnahmequelle Griechenlands versiegt. Griechenland bezahlte bis jetzt ausländische Waaren indirect mit Korinthen. Jetzt soll es statt dessen mit baarem Gelde bezahlen. Das ist aber um so schlimmer, als Griechenland sehr viel aus dem Auslande beziehen muß. Abgesehen von Industrie-Erzeugnissen aller Art, z. B. Textil- und Metallwaaren, die im Lande gar nicht oder nur in ganz unzureichender Qualität und Quantität hergestellt werden, muß Griechenland auch sein Brod im Auslande kaufen. Das Land erzeugt zu viel Korinthen, aber zu wenig Getreide. Es führte jährlich für etwa 24 Millionen Francs, pro Kopf etwa 12 Francs, fremde Brodfrucht ein, und alles das muß jetzt mit baarem Gelde bezahlt werden.

Gold aber hat der Grieche nicht, sondern nur Papier. Er bezahlt seine Steuern mit Papier, und der Beamte erhält sein Gehalt in Papier. So lange die Griechen unter sich sind, hat das nichts zu sagen. Aber ganz anders gestaltet sich die Sache, wenn der griechische Franc, die Drachme, ins Ausland geht, dann gilt sie nicht mehr 100 Centimes oder Lepta, sondern nur noch 13. Das Disagio ist auf 87 Procent gestiegen. Man bedenke, was es heißt, wenn der griechische Bauer für sein Brod, der griechische Bürger für seine Kleidung ꝛc. mit seinem Papiergeld fast das Achtfache des normalen Preises bezahlen muß, wenn er das Gold, welches der ausländische Verkäufer verlangt, mit dem achtfachen Betrage seines heimischen Geldes einwechseln muß. Diese Sachlage hat Alles außer Rand und Band gebracht.

Wie sinnlos das kleine Land von 2¼ Mill. Einwohnern gewirthschaftet hat, ergiebt sich aus einer Zusammenstellung seiner Verpflichtungen. Die Summe der amortisirbaren Anlehen beträgt 406 678 000 Fr. in Gold, 35½ Mill. in Papier; der consolidirten Renten 155 Mill. Gold, 31¾ Mill. Papier; der Schatzscheine 11 Mill. Papier, der Zwangscursanleihe 83½ Mill. Papier, der Provisorien 7½ Mill. Gold, die Summe der schwebenden Schuld 7 542 353 Gold, 94 338 234 Papier — kurz die gesammten Lasten des Landes betragen 569 220 353 Mill. Gold und 161 758 822 Mill. Papier. Und bei einer solchen finanziellen Belastung wurden für das Kriegsbudget noch immer 14½, für das Marinebudget 5½ Mill. aufgewendet.

Man suchte sich aus dieser Noth durch einen Schuldentilgungsplan zu retten, der den berechtigten Ansprüchen der Gläubiger direct ins Gesicht schlug und natürlich den schärfsten, von den Mächten unterstützten Widerspruch hervorrief. Gegen jede Aufsicht von Vertretern der Gläubiger über die griechischen Finanzen aber verhielt sich das Ministerium schroff ablehnend, weil dadurch der Nationalstolz der Hellenen beleidigt würde, als wenn es dem Nationalstolz besser entspräche, leichtsinnig Schulden zu machen und nicht zu bezahlen. Die Rettung des Korinthenbaues wurde versucht, aber kein Hilfsmittel fand sich, und nachdem der abenteuerliche Vorschlag einer Einziehung und Vernichtung der Rosinen, um den Preis zu heben, von der Kammer verworfen worden, erreichte die Krisis ihren Höhepunct. Die Verarmung greift um sich, und Niemand sieht ein Ende der Noth ab. Die Eigenthümer können ihre Steuern nicht mehr zahlen und auch ihren sonstigen Verbindlichkeiten nicht mehr nachkommen. Die Früchte blieben im vorigen und in diesem Jahre zumeist unverkauft, und als nun die Steuern bezahlt werden sollten, versammelten sich in verschiedenen Städten, z. B. Patras und Pyrgos, die Eigenthümer und beschlossen Steuerverweigerung, sowie gemeinsamen Widerstand gegen einen etwaigen Versuch der Regierung, mit Gewalt die Bezahlung zu erzwingen. Es schienen Unruhen bevorzustehen, und die Nationalbank in Pyrgos, wo man sehr aufgeregt war, sandte ihr Geld nach Patras, wo sie es sicherer glaubte. Glücklicherweise sah die Regierung, daß mit Gewalt nichts zu erlangen sei, und befahl den Beamten, bei der Erhebung der Steuern mit aller möglichen Mäßigung vorzugehen. Andere Versammlungen fanden in Patras und Kalamas statt, und lange Depeschen wurden dem Könige gesandt, in welchen man ihn bat, Octroi, Gewerbe- und Gebäudesteuer nicht bestätigen zu wollen und Maßregeln zur Erleichterung der Krisis anzuordnen. Das Volk habe von der Regierung und den Kammern nichts, und wenn man ihm in seiner Noth gar noch Steuern auflegen wolle, würde man dasselbe zur Verzweiflung bringen. Jeden Augenblick kann die Flamme der Revolution hell emporlodern.

Ist überhaupt noch Hilfe möglich? Diese Frage kann ohne Zögern mit „Ja“ beantwortet werden, aber nur unter zwei Voraussetzungen: Einmal, wenn der Grieche selbst ehrlich will, d. h. wenn er sich zu einer völligen Umkehr entschließt, arbeiten, und zwar tüchtig arbeiten lernt, Sinn für Sparsamkeit und vor Allem für Ehrlichkeit und Treue sich aneignet, und den Nationaldünkel fahren läßt, der sich gegen eine so nothwendige Controle der griechischen Finanzen in kindischer Thorheit sträubt. Das Land ist noch reich an Hilfsquellen, aber es hat bisher die willige starke Hand gefehlt, sie zu erschließen. Dann aber muß das Augenmerk einmal ernstlich auf das Grundübel gerichtet werden, an welchem Griechenland wie die kleineren Balkanstaaten kranken. Das ist und bleibt der jähe Uebergang dieser Staatengebilde aus barbarischen in hypermoderne, weit ausgestaltete demokratisch-constitutionelle Formen. Des Uebels Ursprung deutet zugleich auch auf den Weg der Heilung. Gerade in solchen Staaten bedeutet eine kräftige charaktervolle Persönlichkeit des Monarchen Alles, und wenn der Sturz des Regiments Trikupis seinen Ausgangspunct in dem zweckbewußten Eintreten des Kronprinzen Konstantin für die Autorität gefunden hat, so liegt darin vielleicht schon der Keim für eine hoffnungsreichere Zukunft des zerrütteten Hellenenstaates. Der griechische Parlamentarismus ist durch und durch verrottet und eine gesunde Reaction des monarchischen Princips wäre aufrichtig zu begrüßen. Seine großgriechischen Pläne und noch manche andere Liebhaberei müßte der König freilich über Bord werfen.

Deutsches Reich.

Ω. **Berlin**, 24. Januar. Die „Freihandels-Correspondenz“ nimmt eine an das Abgeordnetenhaus gelangte Nachricht über die Ergebnisse der Neuverpachtung der preußischen Domainen zum Anlaß, einen Vergleich zwischen dem Fallen der Zinserträge des mobilen Capitals und dem Sinken der Rente des landwirthschaftlichen Grundbesitzes zu ziehen. Die durchschnittliche Pachtrente ist von 1876 bis 1894 von 55,30 ℳ auf 50,13 ℳ für den Hektar zurückgegangen. Das macht 9,35 Procent. Dagegen hat sich der Capitalzins in den letzten 18 Jahren bei preußischen Staatsanleihen um 22,69 Proc., bei sächsischen Staatsanleihen sogar um 24,50 Procent vermindert. Die erwähnte Correspondenz macht nun selbst darauf aufmerksam, daß der durchschnittliche Pachtzins, der in einem Jahre bei Neuverpachtungen erzielt worden, in einem großen Lande mit so verschiedenartigen landwirthschaftlichen Verhältnissen, wie Preußen sie aufweist, eine beschränkte Beweiskraft besitze. So ist im vergangenen Jahre für einzelne Domainen nicht die Hälfte des bisherigen Pachtzinses bei Neuverpachtungen erzielt worden, während sich bei anderen eine kleine Steigerung über das Ergebniß des Jahres 1876 hinaus bemerkbar macht. Es liegt also zum Theil doch ein kolossaler Sturz der Rente des landwirthschaftlichen Grundbesitzes vor, und die Erklärung, daß vor 18 Jahren in Folge speculativer Preistreiberei ein viel zu hoher Pachtzins erzielt wurde, ändert nichts an dieser Thatsache. Was nun den Durchschnittswerth angeht, so läßt die „Freihandels-Correspondenz“ bei ihrem Vergleich mit der Rente des in deutschen Staatspapieren angelegten Besitzes einen sehr wesentlichen Punct außer Betracht. Der Ertrag aus Staatspapieren ist immer nur Rente, während der Ertrag des Grundbesitzes ganz überwiegend Rente plus Gewerbeverdienst ist. Nur bei Verpachtungen ist auch er reine Rente, in allen übrigen Fällen steckt in dem Ertrag noch der Lohn für die productive Thätigkeit des Landwirthes. Mit anderen Worten: der selbstwirthschaftende Grundbesitzer arbeitet noch für seine Rente, der Inhaber von Staatspapieren hat dies nicht nöthig. Dadurch erhält die Differenz zwischen 9,35 und 22,69 bezw. 24,50 ein sehr viel anderes Aussehen, als es die erwähnte Correspondenz giebt.

* **Berlin**, 24. Januar. Ueber die Ergebnisse der ersten juristischen Prüfung (Referendariatsprüfung) werden in Preußen regelmäßige amtliche Mittheilungen niemals veröffentlicht; man erfährt nur ab und zu aus einzelnen Bezirken besonders auffällige Zahlen. So wurde vor einiger Zeit auf den ungewöhnlich großen Procentsatz der Rechtscandidaten, die in Naumburg das Examen nicht bestehen, hingewiesen. Die „Voss. Ztg.“ findet jetzt in dem soeben erschienenen, auf Veranlassung des Reichsjustizamts herausgegebenen Jahrbuch der deutschen Gerichtsverfassung einige Zahlen über den Ausfall der ersten juristischen Prüfung im Jahre 1893, aus denen sich ergiebt, daß die Verschiedenheiten zwischen den einzelnen Oberlandesgerichtsbezirken, in denen Prüfungen abgehalten werden, sehr groß sind. In Preußen sind 982 Rechtscandidaten geprüft, von denen 780 die Prüfung bestanden, 202 dagegen nicht bestanden haben. Der Procentsatz der Durchgefallenen beträgt hiernach 21 vom Hundert, wogegen er im Jahre 1884, dem letzten Jahre des bei dem achtjährigen Nichterscheinen des Jahrbuches zum Vergleich herangezogenen, nur 17 vom Hundert betrug. Am günstigsten war das Ergebniß der Prüfung in Berlin, wo nur 15 vom Hundert durchfielen, dann kamen Stettin und Köln mit 16, Cassel mit 19, Celle und Königsberg mit 24, Breslau mit 25, Kiel mit 28 und endlich Naumburg mit 38 vom Hundert. Die Prüfung in Naumburg ist also thatsächlich bei Weitem am schlechtesten verlaufen; 1884 fielen übrigens dort nur 16 vom Hundert durch. In Bayern sind 459 Rechtscandidaten geprüft, von denen 105, also 23 vom Hundert, nicht bestanden. Die Zahl der jungen Justizanwärter ist in Bayern erheblich gestiegen; 1884 wurden dort nur 192 geprüft. In Sachsen betrug die Zahl der Prüflinge 195, von denen 18 vom Hundert durchfielen. In Württemberg haben sämmtliche 41 Candidaten die Prüfung bestanden, auch in Baden fielen von 60 nur 5, also 8 vom Hundert, durch. In ganz Deutschland sind im Jahre 1893 1962 Rechtscandidaten geprüft gegen 1484 im Jahre 1884. Davon haben 388 oder 20 vom Hundert (1884 19 vom Hundert) die Prüfung nicht bestanden. Die Zahl der im deutschen Reiche im September 1894 vorhandenen Referendare ꝛc. beträgt 5632, von denen 3452 auf Preußen, 774 auf Bayern, 497 auf Sachsen, 184 auf Elsaß-Lothringen, je 126 auf Württemberg und Baden, 100 auf Hamburg, 89 auf Hessen, 85 auf Braunschweig, 62 auf Sachsen-Weimar und 52 auf Mecklenburg-Schwerin entfallen. Die übrigen Staaten haben weniger als 50 Referendare, die wenigsten Reuß ä. L. mit 12 und Schaumburg-Lippe mit 11.

Y. **Berlin**, 24. Januar. (Telegramm.) **Der Kaiser** nahm heute Vormittag die Vorträge des Chefs des Geheimen Civil-Cabinets, des Kriegsministers und des Chefs des Militair-Cabinets entgegen. Zur Frühstückstafel, welche um 1¼ Uhr stattfand, waren keine Einladungen ergangen. Zur Mittagstafel, die heute um 6 Uhr stattfindet, ist der deutsche Botschafter in St. Petersburg, General v. Werder, geladen. Nach der Mittagstafel wird der Kaiser dem Vortrage in der Militairischen Gesellschaft beiwohnen, welchen der Oberstlieutenant und Commandeur des Ersten Badischen Leib-Dragoner-Regiments Nr. 20 v. Bernhardi über „Die Schlacht bei Prag“ hält.

Y. **Berlin**, 24. Januar. (Telegramm.) **Der Kaiser** hat dem Generaloberst **v. Pape** seine Büste in Marmor mit einem Handschreiben, das dem kaiserlichen Dank für treu geleistete Dienste ausspricht, übersandt.

B. **Berlin**, 24. Januar. (Privattelegramm.) Dem **Kaiser** ist bekanntlich vom Kaiser von Japan die Kette zum Chrysanthemum-Orden verliehen worden. Der Kaiser ist der Erste, der sie erhält; bisher hat sie der Kaiser von Japan allein getragen.

§§ **Berlin**, 24. Januar. (Privattelegramm.) Im Hofkreisen ist die Meldung verbreitet, **Fürst Bismarck** beabsichtige, am Sonntag nach Berlin zu kommen, um dem Kaiser zu seinem Geburtstag zu gratuliren; thatsächlich werden hier Dispositionen zum Empfange des Fürsten getroffen. (Wiederholt.)

B. **Berlin**, 24. Januar. (Privattelegramm.) Die „Voss. Ztg.“ brachte die Nachricht, daß Major **v. Wissmann** in Neapel an acutem Gelenkrheumatismus und asthmatischen Anfällen erkrankt sei. Wie Wissmann hierher telegraphirt hat, ist diese Nachricht glücklicherweise ganz falsch, da er lediglich einer leichten Erkältung halber seinen Aufenthalt in Neapel verlängert hat.

B. **Berlin**, 24. Januar. (Privattelegramm.) Gegen die Erklärung des Ministers Dr. Bosse über das **Lehrerbesoldungsgesetz** schreibt die „Kreuzztg.“:

„Wir können Herrn Dr. Bosse darin nicht beistreten, daß die Vorlegung eines allgemeinen Volksschulgesetzes nicht thunlich sei. Im Gegentheil, die Aussicht für das Zustandekommen eines solchen ist noch niemals günstiger gewesen, als jetzt, und auf diesem Wege allein wird auch die Frage der Lehrerbesoldung zu regeln sein. Wir glauben deshalb nicht annehmen zu dürfen, daß sich die conservative Partei für ein besonderes Lehrerbesoldungsgesetz erwärmen wird.“

Die „Nationalztg.“ bemerkt hierzu: „Die Behauptung, daß die Aussichten für das Zustandekommen eines allgemeinen Volksschulgesetzes — gemeint ist selbstverständlich eines nach dem Muster des Zedlitz'schen Entwurfs — niemals günstiger gewesen, als jetzt“, ist die blasseste Renommisterei: das Staatsministerium wird sich nach der gemachten Erfahrung wohl hüten, sich zum zweiten Mal in Wirren, wie die von dem Zedlitz'schen Entwurfe heraufbeschworenen, hinein zu begeben; damals geschah es, ohne daß man sich über die Folgen, obgleich man sie ahnte, klare Rechenschaft gegeben; jetzt ist man gewarnt. Die Prahlerei mit den „günstigen Aussichten“ bezweckt denn auch nur, für das Nichteingehen auf den Gedanken eines Lehrerbesoldungsgesetzes einen Vorwand zu schaffen. Die Conservativen wollen ein solches Gesetz theils aus materiellen Beweggründen nicht, theils weil sie hoffen, durch die Verzögerung einer Regelung des Besoldungswesens mit der Zeit „Vorspann“ für ihr Verlangen nach einem allgemeinen Volksschulgesetze nach Zedlitz'scher Art zu erlangen. Wir besorgen unsererseits, daß gegenwärtig trotz des guten Willens des Ministers Bosse dem Lehrerbesoldungsgesetze Schwierigkeiten entgegenstehen, die von der Haltung der Conservativen unabhängig sind, nämlich finanzielle. Aber falls diese überwunden und somit die Parteien vor die Entscheidung gestellt würden, ob sie ein derartiges dringendes Bedürfniß befriedigen oder dem Entwurf aus tendenziöser Parteipolitik Widerstand leisten wollen, so dürften die Conservativen sich die Sache überlegen. Dies um so mehr, da keineswegs ausgeschlossen ist, daß ein die confessionellen Streitpuncte bei Seite lassendes Lehrerbesoldungsgesetz ohne ihre Mitwirkung zu Stande kommen könnte.

— Nach der „Börsen-Ztg.“ gedenkt der Kaiser, den Sitzungen des preußischen Staatsrathes, soweit landwirthschaftliche Fragen erörtert werden, persönlich zu präsidiren.

— Wie das „Volk“ hört, haben sich auf Anregung des conservativen Bürgervereins Hasenheide bis jetzt dreizehn conservative Vereine Berlins bereit erklärt, am 1. April eine Fahrt nach Friedrichsruh zu unternehmen.

— Mit Bezug auf die Rede des Abg. von Schalscha im Abgeordnetenhause bemerkt die „Köln. Volksztg.“: „Mit der Vertheidigung des Antrages Kanitz steht er vielleicht ganz allein da in der Fraction.“

— Der achte allgemeine deutsche Handwerkertag wird, wie schon gemeldet, am 21., 22. und 23. April in Halle a. S. stattfinden. Die Tagesordnung ist folgende: Stellungnahme zu den neuesten Regierungsplänen, betreffend die Organisation des Handwerks; der Befähigungsnachweis; die obligatorische Innung; Stellungnahme zur Gewerbeordnungsnovelle, betreffend den Hausirhandel; der Bauschwindel; die weitern Reformforderungen der deutschen Handwerkerbewegung bezüglich der Gefängniß- und Militairwerkstätten-Arbeit, Officiers- und Beamten-Consumvereine ꝛc.

* **Posen**, 23. Januar. Mit Bezug auf die Feier von Kaisers Geburtstag veröffentlicht der „Dziennik“ eine charakteristische Correspondenz aus der Provinz. Es wird darin dagegen protestirt, daß Polen mit Mitgliedern des „Vereins zur Förderung des Deutschthums“, ihren „erbittertsten Feinden“, bei den Festmahlen zusammensitzen sollen. Die Herren Landräthe, die gewöhnlich Veranstalter der in Rede stehenden Festlichkeiten seien, sollten sich darnach richten.

* **Hannover**, 23. Januar. Ob es zwischen dem Vetter von Dannenberg und dem Reichstagsabgeordneten Dr. Hahn zum Zweikampf kommen wird, weil Dr. Hahn eine Aeußerung des Herrn von Dannenberg als infam bezeichnete, ist noch unentschieden. Herr von Dannenberg erklärt öffentlich, daß er der Bemerkung der „Dtsch. Volksztg.“, Dr. Hahn müsse an Größenwahn